

Insgesamt gesehen, verläuft die Plandiskussion jedoch nicht so, wie es die Direktive des Zentralkomitees vom 24. Juli 1957 vorsieht. Die Parteileitungen verschiedener Betriebe signalisierten dem Büro der Kreisleitung, daß die übergeordneten staatlichen Leitungen, vor allen Dingen die Hauptverwaltungen der Ministerien, nicht richtig anleiten. Dem VEB Schleuderbetonröhrenwerk z. B. übergab die Hauptverwaltung Baustoffindustrie noch Kontrollziffern nach der alten Methode. Das Maizenawerk sollte seine Planvorschläge schon bis zum 25. Juli vorlegen. Solche Methoden und Anweisungen widersprechen den Weisungen der Partei. Sie gewährleisten nicht, daß mit den Werkträgern gründlich über den Plan diskutiert werden kann. Dazu kommt, daß die meisten Betriebe bei der Ausarbeitung ihrer Pläne keine Hilfe durch Mitarbeiter der zentralen Stellen erhalten.

Diesen Zustand kritisierte die Grundorganisation der Maizenawerke in einem Schreiben an die Parteiorganisation der Hauptverwaltung Pflanzliche Erzeugnisse. Die Genossen der Hauptverwaltung zögerten zehn Tage und gaben dann eine unbefriedigende Antwort. Das Büro der Kreisleitung fragt darum die Parteileitung dieser Hauptverwaltung: „Was habt ihr getan, Genossen, damit die Mitarbeiter eurer Hauptverwaltung so arbeiten, wie es die Direktive des Zentralkomitees vom 24. Juli 1957 verlangt?“ Auch andere Parteileitungen des zentralen Staatsapparates vernachlässigten ihre Pflichten. Das bewies Genosse Anders von der HV Baustoffindustrie beim Ministerium für Aufbau, mit dem über die Probleme des Schleuderbetonröhrenwerkes gesprochen wurde. Er hatte weder von der Direktive des Zentralkomitees noch vom Beschluß des Wirtschaftsrates über die neuen Planungsmethoden Kenntnis erhalten.

Diese schlechte Anleitung gibt es aber nicht nur bei der zentral geleiteten, sondern auch bei der örtlichen Industrie. Gut war, daß unser Kreis bereits Ende Juni die Plandirektive vom Rat des Bezirkes erhielt mit dem Hinweis, den Planvorschlag bis Ende August beim Rat des Bezirkes abzugeben. Das gab die Möglichkeit für eine gründliche Diskussion. Was zeigte aber die Praxis? Der Ratsbeschluß wird zwar formal eingehalten, aber durch die doppelte Unterstellung verlangten die einzelnen Fachabteilungen beim Rat des Bezirkes bereits Ende Juli bzw. Anfang August eine Planabstimmung.

Auch von den Fachabteilungen beim Rat des Bezirks ließ sich trotz der Hinweise der Partei kein Mitarbeiter im Kreis Schönebeck sehen, um die Plandiskussion in den Betrieben der örtlichen Industrie aktiv zu unterstützen.

Alle diese Mängel hindern uns jedoch nicht, die Plandiskussion weiterhin unter Führung der Partei mit der Zielsetzung „Jeder Bürger muß die sozialistische Perspektive des Kreises kennen“ fortzusetzen. Das wird dazu beitragen, unseren einheitlichen Kreisplan auszuarbeiten, der für die gesamte Bevölkerung des Kreises beim weiteren Aufbau des Sozialismus Richtschnur sein wird. Der Wille unserer Werkträgern, auf diesem Weg voranzuschreiten, drückt sich heute vor allem in den zahlreichen Verpflichtungen aus, zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der gesamten Industrie des Kreises einen durchschnittlichen Planvorsprung von zehn Tagen zu erreichen.

Helmut Engel

Sekretär für Wirtschaftspolitik der Kreisleitung Schönebeck